

- 7. JUNI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/128 - 7. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 866 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Tiefstand</u> Nach Chruschtschows Anoklauf	49
2	<u>Mit friedlichen Mitteln</u> Zu den Pfingsttreffen der Sudetendeutschen und Pommeren	38
3	<u>Martin Bormann nicht im Fahndungsbuch!</u> Neue Aussagen über den Vorleib von "Hitlers Sekretär"	53
4 - 5	<u>Berlin will jung bleiben</u> Aufschlußreiche Zahlen	51
5	<u>Wiesbaden blieb Faschistentreffen erspart</u> Erfolg rechtzeitiger Veröffentlichung	26
6 - 7	<u>Der Bundesstag vor der Sommerpause</u> Umfangreiches Arbeitspensum Von Ulrich Düber	67

Tiefstand

Nach Chruschtschows Amoklauf

sp - Im Auf und Ab der Ost-West-Beziehungen seit 1948 dürfte Chruschtschow jetzt dafür gesorgt haben, daß der Tiefstand erreicht ist. Seine persönlichen Angriffe gegen westliche Staatsoberhäupter sind von einer derartigen Geschmacklosigkeit, daß es sich nicht lohnt, auf sie näher einzugehen. Wenn Chruschtschow die Absicht hatte, mit seinem letzten Abrüstungsvorschlag auf die westliche oder die neutrale Welt Eindruck zu machen, dann hat er durch sein Verhalten gerade diejenigen mißtrauisch gestimmt, auf deren Urteil er - nimmt man seine früheren Aussagen ernst - Wert legt.

Präsident Eisenhower hat inzwischen der amerikanischen Entrüstung über Chruschtschows Ausfälle Ausdruck gegeben, und auch des Präsidenten innerpolitische Gegner, die nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz kein gutes Haar an ihm gelassen hatte, sparten nicht mit herber Kritik an dem Kremlochef.

Chruschtschow erreichte aber noch etwas anderes: Er hat durch sein Auftreten in Paris und die Tiefschläge in der letzten Woche der westlichen Welt die Marschroute für künftige Begegnungen mit ihm oder einen anderen sowjetischen Ministerpräsidenten gezeigt. Selbst ein so besonnener Mann wie Nehru, der in jüngster Vergangenheit auf allen Ebenen der internationalen Diplomatie versucht hatte, neue Fäden zwischen Ost und West anzuknüpfen, ist jetzt mehr als zurückhaltend gegenüber Moskau geworden. Hierbei darf man nicht vergessen, daß Nehru nicht nur für Indien spricht!

Bei all' dem bleibt aber die Frage unbeantwortet, was Chruschtschow veranlaßt haben mag, wie ein Amokläufer die ohnehin schon komplizierten internationalen Beziehungen zu stören. Glaubte er wirklich, den Zielen Moskau gedient zu haben? Die Anlage der sowjetischen Politik seit dem Tode Stalins war der sichtbare Versuch, nicht nur im Westen, sondern auch bei den neutralen Staaten Asiens und Afrikas Freunde zu gewinnen. Es gibt unzählige Erklärungen Chruschtschows und auch zahlreiche Handlungen, die als Hinweise für diese Vermutung dienen können. Auch die Besuchsdiplomatie Chruschtschows, sein Auftreten in England, Indien, in den USA, Frankreich und in zahlreichen anderen Ländern sollte sicher der Welt sagen: "Seid einmal, wir sind gar nicht so schlimm, wie man immer von uns behauptet". - Hat Chruschtschow diesen Versuch, vorübergehenden Temperamentsausbrüchen folgend, mutwillig zerstört, oder hat er bewußt das Risiko auf sich genommen, Moskau wieder zu isolieren?

Es nützt nicht viel, wenn man jetzt der einen oder der anderen These den Vorzug gibt. Die Sowjetunion ist eine Weltmacht geworden, deren militärische Stärke nicht wegdiskutiert werden kann. Wichtig scheint aber zu sein, die Ruhe zu bewahren und sich durch nichts provozieren zu lassen. Vielleicht müssen, ehe man klarer sieht, das Verhalten Chruschtschows und das Ergebnis seiner Attacken in Moskau erst einmal selbst geprüft werden.

Unabhängig davon ist zu überlegen, ob die Zeit des Tiefstandes der Beziehungen zwischen Ost und West nicht genutzt werden sollte, um alle diejenigen Staaten zur Besinnung aufzurufen, die nicht unmittelbar am Entstehen der neuen Spannungen beteiligt sind.

Mit friedlichen Mitteln

Zu dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen und Pommern

sp - Wie in jedem Jahre haben auch diesmal wieder zu Pfingsten die Sudetendeutschen ihr großes Treffen durchgeführt. In München versammelten sich über 300 000 Sudetendeutsche, unter ihnen zahlreiche junge Menschen.

Der politische Akzent dieses Treffens war nicht nur das Bekenntnis zur Heimat, sondern - stärker als in früheren Jahren - der zum Ausdruck gebrachte Wille, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden und mit friedlichen Mitteln an das große Werk der Neuordnung Europas heranzugehen. Dies wurde besonders deutlich in dem Appell der jungen Sudetendeutschen an die junge Generation in der Tschechoslowakischen Republik.

Ob es sinnvoll war, daß ausgerechnet Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß auf dem Treffen in München eine mehr oder weniger konfuse Rede hielt, mag dahingestellt bleiben; die Kritik an dieser "Programmeinlage" hat inzwischen bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft selbst begonnen. Aber unabhängig davon darf gehofft werden, daß die von den Sudetendeutschen entwickelte Konzeption des friedlichen Miteinanderlebens in Europa gerade in der Tschechoslowakei nicht unbeachtet bleibt.

Es ist richtig, wenn in München gesagt wurde, daß die Heimatvertriebenen in ihrer neuen Heimat zu einem starken Element des Aufbaues geworden sind, und daß sie sich nicht - wie mancher vielleicht erwartet hatte - zum radikalen Explosivstoff in der neuen deutschen Demokratie entwickelten. Und auch hier sei wieder an die vielen jungen Menschen erinnert, die an den Kundgebungen in München teilnahmen. Ihre politischen Äußerungen zeigten die Vision des Europa von morgen, in dem die Menschen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten friedlich miteinander leben sollen.

Auch die Pommern, die sich in Bochum trafen, legten ganz offensichtlich Wert auf die Betonung ihres friedlichen Anliegens, das sie zu vertreten haben.

Sicher wird man in der östlichen Propaganda trotz allem bemüht bleiben, den angeblich "aggressiven Charakter" der Heimatvertriebenenverbände hervorzuheben. Das aber sollte niemanden beirren. Die Heimatvertriebenen wissen, daß ihr Recht in den für die gesamte zivilisierte Menschheit verbindlichen Erklärungen der Atlantik-Charta verankert ist. Je klarer sie sich zu diesen Grundsätzen bekennen, umso unglaubwürdiger wird vor aller Welt die kommunistische Propaganda. + + + - 3 -

Martin Bormann nicht im Fahndungsbuch!

mu. - Im Zusammenhang mit der Verhaftung des für die Ermordung von sechs Millionen Juden verantwortlich gemachten SS-Obersturmbannführers Eichmann ist auch berichtet worden, daß der frühere General der Waffen-SS, Parteiminister, Leiter der Parteikanzlei, Reichsleiter und Sekretär Hitlers, Bormann, noch am Leben sein soll. Diese Vermutungen haben neue Nahrung durch die Aussagen des niederdeutschen Schriftstellers und seinerzeit von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Sachsenhausen gesperrten Heinrich Lienau aus Flensburg erhalten. Lienau, der im Lager als Dolmetscher verwendet wurde, lernte Bormann dort kennen. Lienau hat jetzt ausgesagt, und zwar vor den Flensburger Staatsanwälten, dass er Bormann am 27. Juni 1945 in einem Packwagen auf der Strecke zwischen Neumünster und Flensburg unter anderen Fahrgästen gesehen haben will. Bormann sei damals auf dem Flensburger Güterbahnhof geflohen und vermutlich über die deutsch-dänische Grenze entkommen.

Im Urteil des Alliierten Militärgerichts in Nürnberg wurde Bormann für schuldig befunden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität begangen zu haben. In der Urteilsbegründung heisst es: "Da keine Beweise für den Tod Bormanns vorliegen, entschloss sich das Gericht, ihn in absentia zu verurteilen." Bormann wurde am 1. Oktober 1946 daher zum Tode durch den Strang verurteilt.

Der englische Historiker Alan Bullock schreibt in "Hitler, eine Studie über Tyrannen": "In der Nacht vom 1. zum 2. Mai wurde von den Männern und Frauen, die in dem Bunkersystem rund um die Reichskanzlei zusammengepförcht waren, ein Massenausbruchversuch unternommen, und es gelang einer ganzen Reihe, aus Berlin herauszukommen. Martin Bormann befand sich unter ihnen; ob er aber damals entkommen ist oder getötet wurde, ist niemals festgestellt worden."

Bormann sandte in der Nacht zum 1. Mai an den neuen "Reichskanzler" Dönitz in Plön/Butin ein Telegramm, in dem er Hitlers Tod mitteilte. Kurz vorher hatte er geäußert, daß er sich nach Schleswig-Holstein zur neuen "Reichsregierung Dönitz" durchschlagen wolle.

Demgegenüber hat Hitlers Fahrer Kempa in Nürnberg ausgesagt, Bormann sei am 2. Mai 1945 gegen drei Uhr an der Weidendammer Brücke in Berlin von einem explodierenden deutschen Panzer zerrissen worden. Der ehemalige Reichsjugendführer Asmann aber sagte, Bormann sei bei der Explosion nicht einmal verletzt worden. Er habe ihn jedoch später an der Invalidenbrücke auf dem Rücken liegend - vermutlich tot - gesehen. Trotz dieser widerstreitenden Berichte hat ein Amtsgericht in Berlin Bormann in einer Erbauseinmündung 1954 unter der Nummer 29 223 offiziell für tot erklärt.

Nun liegen in diesen Tagen die Aussagen von Lienau und eines Mannes der israelischen Geheimpolizei vor, wonach Bormann noch leben soll. Die Vermutung, er sei damals über Dänemark geflohen und lebe heute unter einem falschen Namen in Bahia in Brasilien, ist jetzt geäußert worden.

Dabei ist bemerkenswert, daß Bormann, von dem man nun nicht weiß, ob er tot oder lebendig ist, in keinem deutschen Fahndungsbuch gestanden hat, obgleich die alliierten Besatzungsbehörden 1946 vor dem Nürnberger Prozess durch Großaufträge nach Bormann fahndeten. Auch in den Urverlagen von Interpol ist Bormann nicht registriert worden. Erst jetzt beginnt ein Staatsanwalt in Flensburg nachzuprüfen, was denn nun an den Aussagen Lienaus dran ist, der da betonte, er habe bereits früher mehrfach deutscher und englischen Stellen von seinem Wissen berichtet...

Berlin will jung bleiben

sp - 55 von je tausend Berlinern sind immer noch auf die öffentliche Fürsorge angewiesen. 383 000 Einwohner der Stadt, rund 17 Prozent, sind älter als 65 Jahre. Diese Zahlen aus dem Jahresbericht 1959 des Berliner Senators für Arbeit und Sozialwesen, Kurt Exner, beleuchten eine Seite des Berlin-Problems, die unabhängig von dem Auf und Ab der aktuellen Bedrohungen aus der widernatürlichen Abschneidung der Stadt resultiert.

Die Zahl der unmittelbar Notleidenden kann man durch konjunkturpolitische Massnahmen senken, und der Berliner Senat unter sozialdemokratischer Führung hat in dieser Richtung bereits Bedeutendes geleistet. Die Zahl derer, die öffentliche Unterstützung brauchen, ist allein in einem Jahr von 135 000 auf 123 000 zurückgegangen, das heißt von 61 je tausend Einwohner auf 55 im Jahre 1959. Wesentlich schwerer ist es, der Überalterung zu begegnen, die zu einer ständig zunehmenden Verknappung der arbeitsfähigen Kräfte führt.

Die Einwohnerzahl Westberlins ist 1959 zum ersten Mal seit dem Kriege zurückgegangen. Sie sank von 2,23 Millionen auf 2,21 Millionen. Die Geburtenzahl fällt ab, und in zehn Jahren werden 25 Prozent aller Berliner älter als 65 Jahre sein - wenn nicht neue Wege eröffnet werden, um junge Menschen in die Stadt zu ziehen. Eine aufstrebende Großstadt hat der Zuwanderer von eh und je bedurft, und zwar insbesondere jener unternehmerslustigen jungen Kräfte, die Fachkenntnisse jeder Art mit dem Willen zum Vorwärtskommen verbinden.

Wenn Berlin derartige Kräfte anziehen soll, so müssen hier Bedingungen geboten werden, die denen in Großstädten der Bundesrepublik mindestens gleichwertig sind. Die Berliner Arbeitgeber aber scheinen das noch nicht erkannt zu haben. Dem Bericht des Sozialsenators zufolge hat sich der Abstand zwischen den in der vergleichbaren Stadt Hamburg gezahlten Löhnen und den Berliner Löhnen 1959 sogar noch vergrößert. Während der Vorsprung Hamburgs gegenüber Berlin 1958 noch bei 24,3 Prozent lag, betrug er 1959 17,8 Prozent.

189 000 Flüchtlinge aus der Sowjetzone befanden sich Ende 1959 ständig in Berlin. Diese Zahl dürfte nach dem verstärkten Zustrom enteigneter Bauern in diesem Jahr noch zugenommen haben. Die Flüchtlinge machten Ende 1959 bereits 8,6 Prozent der Bevölkerung aus.

Dieser Zustrom aber erfolgt aus politischen Gründen, nicht aus wirtschaftlichen. Das heisst, er weicht in seiner Bedeutung erheblich von dem Zustrom in westdeutschen Großstädten ab. Berlin braucht nicht nur Zuwanderer aus Mittelddeutschland, sondern auch qualifizierte Kräfte aus dem Bundesgebiet.

Es ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, Berlin jung und arbeitsfähig zu erhalten. Von Bemühungen der Bundesregierung ist in dieser Richtung wenig bekannt. Umso mehr sind die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und die sozialdemokratischen Senatoren bestrebt, dem Mangel an Arbeitskräften abzuwehren und die bürokratischen Schranken für den Suzug qualifizierter Kräfte zu beseitigen.

Im Augenblick geht die Diskussion der führenden Sozialdemokraten in Berlin im wesentlichen darum, welche konjunkturpolitischen Massnahmen erforderlich sind, um die vorhandenen Arbeitskräfte möglichst sinnvoll mit dem Ziel einzusetzen, die Stadt aus eigener Kraft wirtschaftlich lebensfähig zu machen. Berlin muß jung bleiben.

+ + +

Wiesbaden blieb das erspart

sp - Der traurige Ruhm, Geburtsstätte der Gründungsversammlung einer "Notgemeinschaft reichstreuer Verbände" zu sein, ist Wiesbaden, der Landeshauptstadt Hessens, erspart geblieben. Das Treffen sollte während der Pfingstfeiertage stattfinden. Unter dem etwas pompösen Namen einer "Notgemeinschaft" verborgen sich die ewig Gestrigen, jene also, an denen der Zusammenbruch von 1945 spurlos vorüberging, und die immer noch nicht begriffen haben, dass der Nationalsozialismus und das Dritte Reich zu den schändlichsten Epochen der deutschen Geschichte gehören. Diese Leute sind gewisse nicht zahlreich, aber die Kölner Synagogenschändung und die darauf folgende antisemitische Welle machten erschreckend die Virulenz abgestandener Ideen deutlich.

Die Generalstaatsanwaltschaft von Frankfurt unter der Leitung Dr. Bauers hat sich ein grosses Verdienst erworben, als sie rechtzeitig die deutsche Öffentlichkeit von dem beabsichtigten Treffen unterrichtete und damit den Hintermännern den Mut nahm, ihre Absicht auch zu verwirklichen. Sie nahmen Abstand und damit, allerdings unfreiwillig, der östlichen Propaganda ein viel gebräuchtes Argument - das Argument, die Bundesrepublik sei "ein Herd von Faschisten und Revanchisten". Daß die gleiche Staatsanwaltschaft vorsorglich 300 ehemalige KZ-Wächter aus dem berüchtigten Vernichtungslager Auschwitz wegen Verdachts an der Beteiligung von Massenverbrechen inhaftieren ließ, findet in der Ostpresse wenig Beachtung.

Aber unabhängig davon: die Pflicht zur Selbstreinigung gebietet hier ein rechtzeitiges Durchgreifen. Es gibt nicht viel aktive ewig Gestrige, aber die wenigen stehen untereinander in Verbindung und sind sogar in der Lage, allerschwerste Verbrecher wie Eichmann u.a. jahrelang vor dem Zugriff der Behörden zu entziehen.

+ + +

Der Bundestag vor der Sommerpause

Von Ulrich Dübber

Wenn am 21. Juni der Bundestag wieder zusammentritt, hat er noch ganze sechs Plenarsitzungen bis zum Beginn der Sommerferien zur Verfügung. Was zur Zeit beratungsreif ist, muß in den beiden letzten Juniwochen verabschiedet werden, andernfalls es den ganzen Sommer über in den Schubladen liegt. Entsprechend umfangreich sehen die Tagesordnungs-Entwürfe aus, die der Ältestenrat in der vorletzten Woche aufgestellt hat.

Für den 30. Juni ist die nach der gescheiterten Gipfelkonferenz fällige außenpolitische Debatte vorgesehen. Hierbei wird sich zum ersten Male zeigen, ob es wieder, wie früher, zu erditterten Wortgefechten über die Vergangenheit kommt, oder ob die Mehrheit zu einer vorurteilslosen Bestandsaufnahme bereit ist.

Mit der Außenpolitik gegenüber den Entwicklungsländern zusammen hängt das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland, insbesondere zu den Entwicklungsländern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen aus Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit Ausfuhrgeschäften, Krediten an ausländische Schuldner, Kapitalanlagen im Ausland und Umschuldungsmaßnahmen. Ebenfalls um die internationalen Beziehungen handelt es sich bei einer Großen Anfrage der SPD über deutsche Kulturarbeit im Ausland, die am 23. Juni aufgerufen werden wird.

Einen breiten Raum werden in diesen beiden Wochen auch innenpolitische Probleme einnehmen. Zeine schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten werden sich anlässlich der Verabschiedung des Bundes-Polizeiaufsichtsgesetzes ergeben, das das bisher geltende vorläufige Gesetz ablösen soll. Eine Stellungnahme der CDU zu der von der SPD beantragten Novelle zum Bundesministergesetz, die die Annahme von Geschenken durch Kabinettsmitglieder untersagen soll, liegt noch nicht vor, so daß es offen ist, ob sich hieran eine Debatte entzünden wird.

Möglicherweise kommt es in der letzten Juniwoche zur ersten Lesung der von der Bundesregierung eingebrachten Grundgesetz-Ergänzung zur Einführung eines Knotstandesrechtes. Da sich die Regierung in dieser Frage weder von der seitens der Opposition geäußerten Ablehnung noch von der Änderungswünschen des Bundesrates beeindruckt gezeigt hat, werden die Gegensätze in aller Deutlichkeit zu Tage treten.

Eng verwandt mit dem Notstandsrecht ist der Regierungsentwurf des Notdienstgesetzes. Die SPD wird sich bei diesem Gesetz von dem Bismarck leiten lassen, für den Fall unruhiger Zeiten die nötigen Vorsorgemaßnahmen für die Sicherung der Zivilbevölkerung um ihrer Versorgung zu schaffen, andererseits aber die Rechte des Bürgers zu schützen.

Besonders kritisch aber wird sich jene Vorschriften im Notdienstgesetz untersuchen, die, wie auch die ebenfalls anstehende Novelle zum Wehrpflichtgesetz, mit der Einführung des verfassungsrechtlich nicht existenten Begriffs der Spannungszeiten des Grundgesetz zu unterlaufen drohen.

Noch offen ist, ob in der letzten Juniwoche der Entwurf des Bundesrundfunkgesetzes zur zweiten und dritten Beratung kommt. Wenn in dem Entwurf vom Ausschuß auch das Problem des Zweiten Fernsehprogramms ausgeklammert worden ist, so bieten auch die Errichtung der Sender für die Lang- und Kurzwelle noch Stoff für ausgiebige Diskussionen.

Durch die Diskonterhöhung ist besonders aktuell geworden das Steueränderungsgesetz 1960, das nach der Absicht der Bundesregierung konjunkturdämpfend wirken soll. Die SPD, die von einer solchen Wirksamkeit des Gesetzes nicht überzeugt ist, wird die Beratung benutzen, die Beseitigung einer Reihe von steuerlichen Ungerechtigkeiten zu korrigieren, dafür aber z.B. die Spekulationsgewinne schärfer zu erfassen.

Die mitttelständische Wirtschaft betreffen das Handwerker-Versicherungsgesetz und zwei Anträge zur Änderung des Ladenschlußgesetzes. Einige CDU-Abgeordnete beantragen, neben dem Ladenschluß am ersten Sonntagabend des Monats um 18 Uhr diese Öffnungszeit auch auf die Samstage vor Ostern, Pfingsten und sämtlichen des Dezembers auszudehnen. Dafür sollen die verkaufsoffenen Sonntag vor Weihnachten fortfallen.

Der zweite Antrag zum Ladenschlußgesetz, gestellt von der FDP, will außerdem die bisherige Bestimmung aufheben, wonach Automaten nur "im räumlichen Zusammenhang" mit Verkaufsstellen aufgestellt werden dürfen. Ferner sieht er für die Landesregierungen eine weitgehende Ermächtigung zur Genehmigung von Ausnahmen vor.